

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausbleiblich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Gespalt. Zeile kostet 15 Pf.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die fällige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition des Blattes abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1025 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 141

Samstag den 19. Juni 1915

26. Jahrgang

Sturmboten der Revolution in Rußland?

Eßt mehr Kartoffeln!

Von Dr. Paul Rensch.

Sege! bemerkt mal irgendwo, daß alle historischen Tat-
sachen und Personen sich so zu fügen zweimal ereignen. Er
hat, bemerkt Marx hierzu, vergessen hinzuzufügen: das eine
Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.

An diese Worte fühlt man sich erinnert, wenn man jetzt,
im ersten Kriegsjahr, einen Rückblick wirft über das Schick-
sal, das bisher die Volksernährung während des Weltkrieges
gehabt hat! Gegen Ausgang des Winters und im Frühjahr
zeigte das Problem kein ernstestes Gesicht. Es war deshalb so
ernst, weil neben der auf ein beschleunigtes Maß festgelegten
wöchentlichen Rationierung ein Mangel an Kartoffeln eintrat,
der in den breiten Massen des arbeitenden Volkes schwer und
bitter empfunden wurde. Von den Entbehrungen, unter
denen damals viele Kreise litten, ist nie viel geredet worden,
weil man sie eben als unvermeidliche Begleiterscheinung des
Krieges ansah, aber das hindert nicht, auszusprechen, daß die
damalige Kartoffelnot wie eine Tragödie wirkte.

Heute haben wir eine andere Kartoffelnot. Während
wir in den vergangenen Monaten unter dem Mangel an Kar-
toffeln litten, leiden wir jetzt am Gegenteil, an ihrem Über-
fluß! Während es früher allenthalben hieß: spart Kartoffeln!
Nicht sie in der Schale, damit nicht beim Schälen so viel ver-
loren geht, heißt es jetzt: eßt mehr Kartoffeln! Im Winter
und Frühjahr hatte man die schauerhafte Entdeckung von der
Existenz eines „inneren Feindes“ gemacht, der die Wider-
standskraft des deutschen Volkes systematisch untergrabe
und daher mit aller Energie vernichtet werden müsse. Dieser
furchtbare „innere Feind“ war das — Schwein, das wohl-
bekannte, friedliche Landschwein, dessen Gefährlichkeit — sonst
die Grundlage seiner Existenzberechtigung — ihm jetzt zum
Verbrechen angerechnet wurde. Schaudernd wurde ihm nach-
gerechnet, daß täglich 720 000 Doppelzentner deutscher Kar-
toffeln im Magen der Schweine verschwinden und daß die
Frage einfach laute: sollen die Menschen leben oder die
Schweine? Ein gewaltiges Massenabschlachten wurde ange-
ordnet und durchgeführt, wobei die Verwertung des Fleisches
hinter die Erhaltung der Kartoffelschäbe an Wichtigkeit zu-
rücktreten mußte. Und jetzt? — Mitte Mai erklärte der
Staatssekretär des Innern, wir hätten soviel Kartoffeln, daß
wir darin erlauen könnten. Sämtliche Städte sind mit
Kartoffeln versorgt, die sie freilich einkaufen mußten, als die
Breite den Höchststand erreicht hatten, und außerdem verbleibt
der Reichsstelle für Kartoffelverteilung noch ein Ueberfluß
von 8 1/2 Millionen Zentnern! Aus der Tragödie des Win-
ters und Frühjahr ist im Sommer eine Farce geworden!

Und dabei hatte man allen Anlaß zu der Befürchtung,
daß gerade die letzten Monate vor der neuen Ernte die
schlimmsten werden würden, wo die Vorräte aufgebraucht sein
würden und die wirtschaftliche Abwärtung Deutschlands mit
allen ihren Schrecken zu Tage treten mußte. Das Gegenteil
ist eingetreten. Statt des stets größer werdenden Mangels
haben wir einen stets größer werdenden Ueberfluß! Und
zwar keineswegs bloß an Kartoffeln. Auch an Getreide haben
sich die Vorräte als größer herausgestellt, als man früher an-
genommen hatte. Auf Grund der Schätzungen im März hatte
man damit gerechnet, Reserven in Höhe von 4,7 Millionen
Doppelzentner bei Ablauf des Erntefjahres zu behalten. Als
man zwei Monate später, im Mai, eine neue Bestandsauf-
nahme vornahm, stellten sich die noch vorhandenen Vorräte
als viel größer heraus, als zwei Monate zuvor. Jetzt rechnet
man mit einer Getreidereserve von 9 Millionen Doppel-
zentner, also mit nahezu dem Doppelten wie im März.

Die Erhöhung der Rationen, besonders
für den körperlich schwer arbeitenden Teil der Bevölkerung, ist
oft gewünscht und als notwendig bezeichnet, kann jetzt nur
noch die Frage kürzester Zeit sein, und die entsprechenden Bun-
desratsverordnungen sind als nicht bevorstehend zu erwarten.
Aber selbst dann werden die Getreidevorräte so groß sein, daß
wir bis Ende September oder Anfang Oktober mit ihnen aus-
reichen. Die neue Ernte braucht vor diesem Termin nicht in
Anspruch genommen werden, da diesmal der sonst von Reichs-
wegen durch das System der Ausfuhrbeschränkungen künstlich her-
angezogene Export deutscher Getreides, der im Jahre 1913 die
unerschöpfliche Höhe von 9 370 000 Doppelzentner Roggen und
7 594 900 Weizen erreicht hatte, wegfällt und, da wir diesmal
schon zu Beginn der neuen Ernte die Ernährungsvorschriften
haben, die bei der alten erst in Kraft traten, als der größte
Teil bereits dahin war, so kann man den englischen Aushun-
gungsplan als endgültig und unter allen Umständen gescheit-
ert betrachten.

Wenn nun freilich auch die Uebererschüsse, daß wir mehr
Lebensmittel haben als angenommen, besser ist, als wenn wir
zu wenig hätten, so geht doch aus dieser Tatsache Unbestreitbar
hervor, daß die starken Entbehrungen und Einschränkungen,
denen die deutschen Volksmassen sich monatelang haben unter-
werfen müssen, in diesem Umfange ganz und gar nicht nötig
gewesen wären. Schon Mitte Februar erhoben sich Stimmen

von Sachkennern, die die Erwartung aussprachen — wie sie
jetzt durch die Tatsachen glänzend bestätigt worden ist —, daß
im Mai und Juni die Vorräte sich als viel größer herausstellen
würden, als man befürchtete, und zwar nicht bloß deshalb, weil
in gewissen Kreisen die Vorräte lediglich in wucherischer Ab-
sicht zurückgehalten wurden, sondern auch deshalb, weil es in
der Tat sehr schwer ist, Getreide, das, wie der Hochpreisdruck
lautet, noch „im Stroh“ ist, also noch nicht ausgedroschen ist,
zuverlässig zu schätzen. Neben diesen unbeabsichtigten Schwie-
rigkeiten und beabsichtigten Vorkriegsleistungen traten aber noch
andere Faktoren. Die richtigen Einschätzungen des Bedarfs
waren keineswegs einfach, und was in dieser Hinsicht einigen
Gemeindeverwaltungen passiert ist, grenzte zuweilen an
Komijsche. So hatte beispielsweise die Stadt Richtenberg bei
Berlin bei der Reichsstelle für die Kartoffelverteilung einen
Kartoffelbedarf von 135 000 Zentnern angemeldet. Ende Mai
verringerte sie ihre Anmeldung auf 5000! Sie hatte ihren
Bedarf siebenundzwanzigmal überschätzt! Und dabei steht
Richtenberg keineswegs allein unter den Städten in Preußen.
Auch anderen Gemeinden ist ähnliches passiert, wenn auch
dort vielleicht der Irrtum nicht ganz so groß war.

Aus alledem ergibt sich, wo der Fehler liegt: unsere
Wirtschaftsordnung ist noch viel zu wenig
durchorganisiert. Der Krieg hat bewiesen, daß das
kapitalistische Deutschland glänzend organisiert ist, wenn es
gilt, Menschen umzubringen; die militärische Mobilmachung
war ein Meisterstück. Dasselbe kapitalistische Land wies in
seiner organisatorischen Rüstung aber die größten Mängel
auf, als es galt, Menschen zu erhalten. Bei alledem kann man
ruhig zugeben, daß die Regelung der Lebensmittelfürsorge in
Deutschland noch am besten von allen beteiligten Staaten ge-
lungen ist, wie es denn kein leeres Wort ist, das neulich aus
englischen Munde zu uns herüberlief: ein anderer Staat
wie Deutschland wäre in dieser furchtbaren Situation schon
lange zusammengebrochen! Wenn der Krieg uns etwas ge-
lehrt hat, so ist es die Notwendigkeit gesellschaftlicher Organi-
sation auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Manche der
Mängel, die in der Kriegszeit schnell improvisiert wurden,
werden in verbesserter Form den Krieg überdauern und zu
bleibenden Einrichtungen werden. Hier winken der organi-
sierten Arbeiterklasse ganz besonders große Aufgaben. Sie
hat unter der mangelnden Organisation der heutigen Gesell-
schaftsordnung am meisten zu leiden gehabt, sie ist am lebhaf-
testen daran interessiert, daß solche Verhältnisse nimmer
wiederkehren.

Verfehlte Kartoffelpolitik schafft teures Fleisch.

Berlin, 18. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Vom Ministe-
rium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird mitge-
teilt: In den Klagen über die Höhe der Fleischpreise wird
vielfach darauf hingewiesen, daß die fortgesetzte Preissteige-
rung namentlich aus dem Grunde nicht zu erklären sei, weil
ein Schlachtviehmangel nicht bestehe. Diese Annahme beruht
auf einem Irrtum. Durch die seinerzeit zur Sicherung der
Kartoffelverteilung veranlaßten Schlachtungen sind die heimi-
schen Bestände an schlachtfähigen Schweinen so erheblich ver-
ringert worden, daß für längere Monate mit einem starken
Mangel an solchen Schweinen gerechnet werden muß. Ihm
kann vorläufig nur durch allmähliche Abgabe der von den Ge-
meinden sichergestellten Fleischdauerverträge in gewissem Maße
abgeholfen werden. Die große Zahl der vorhandenen Jung-
schweine läßt erhoffen, daß nach deren Aufzucht und Mastung
der Schweinefleischbedarf später wieder in der früheren Weise
gedeckt wird. Diese Hoffnung würde ernstlich beeinträchtigt
werden, wenn den wiederholt geäußerten Wünschen ent-
sprechend Höchstpreise für Schlachtvieh eingeführt würden.
Die Schweinehalter würden dann leicht in der Befürchtung,
in den Höchstpreisen keinen genügenden Ausgleich für die Auf-
wendungen für Kraftfuttermittel zu finden, die Aufzucht stark
einschränken und teilweise vielleicht ganz aufgeben. Es ist
aber zur Befriedigung der jetzigen Fleischknappheit in erster
Linie dahin zu streben, daß möglichst die gesamten Bestände
an Jungschweinen zur Aufzucht und Mast benutzt werden.

Also erst eine künstliche Kartoffelverteilung; und die Re-
gierung ließ zu, daß trotz Massenabschlachtung der Schweine-
preise höher und höher getrieben werden konnte. Nun der
Schweinemangel da ist, soll aber auch wieder Rücksicht genom-
men werden auf Interesse der Schweinehalter. Und wie steht
es mit Minderern? Auch da keine Höchstpreise, obwohl gerade
Hochpreise helfen würden, daß möglichst wenig Rindvieh ab-
geschlachtet wird.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 18. Juni. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feinde setzten ihre Durchbruchversuche
nördlich Arras vergeblich fort. Die Engländer

der erlitten nördlich des Kanals von La Bassée eine
neue Niederlage; ihre Angriffstruppen wurden aufge-
rieben, nur einzelne Leute flüchteten sich zurück. Westlich
Arras beim Kirchhof südlich Souchez und nördlich
Gourie sind Franzosen in kleine Teile unserer vorderen
Stellung eingedrungen. Hart nördlich der Lorettohöhe
gaben wir ein im umfassenden Feuer liegendes Grabenstück
planmäßig auf. Im übrigen wurden die feindlichen Angriffe
abgeschlagen.

Seit dem 16. Juni nahmen wir auf dem Kampffeld
nördlich Arras 17 Offiziere, 647 Mann ge-
fangen. Die blutigen Verluste entsprechen denen in der
Schlacht in der Champagne.

In den Argonnen wiesen wir schwache feindliche Vor-
stöße ab. Bei Banquois haben sich örtliche Gefechte entwickelt.

Die Vogeleskampfe westlich Meheer sind noch im
Gange.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vordringende russische Abteilungen wurden von deut-
scher Kavallerie über den Schmeßa-Abchnitt östlich
der Straße Gutowian-Szawlitz zurückgeworfen. Ein von
starken feindlichen Kräften gegen die Dawina-Linie
vorgetragener Angriff scheiterte.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits Larnograd warfen die verbündeten
Truppen in der Nacht den Feind gegen den Lanow-Ab-
schnitt zurück. Von anderen Armeen des Generalobersten
von Mackensen haben die Schlagen in Rußen bis in die vorbe-
reite Grubenstellung (Linie Karol-Miaso-Magie-
row-Berezhna-Dach) bis zur Einmündung in den
Dnjestr getrieben.

An der Dnjestrfront nördlich Sirij ist die Lage
unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 18. Juni. Amtlich wird verlautbart: 18. Juni
1915 mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nördlich Siemianow sind unsere Truppen in der Ver-
folgung auf russisches Gebiet vorgedrungen. Sie
erreichten die Höhen nördlich Arkow, die Niederung
des Tales und besetzten Larnograd.

Auch die zwischen dem unteren San und der Weichsel
stehenden russischen Kräfte weichen an mehreren Stellen zu-
rück. Gieszanow und die Höhen nördlich des Ortes
wurden genommen.

Im Berglande östlich Niemirow sowie in der Gegend bei
Ranow haben sich starke russische Kräfte gestellt. An der
Wereschna wird gekämpft. Unsere Truppen haben an einigen
Stellen östlich des Flusses Fuß gefaßt.

Südlich des oberen Dnjestr mußten die Russen nach
heftigen Kämpfen aus den Stellungen bei Lithynia gegen
Kolodubny zurückweichen. Eigene Truppen haben in der
Verfolgung die Mündung der Wereschna erreicht. Die sonstige
Lage am Dnjestr ist unverändert.

Die Ostarmee der Armee Pflanzler wies gestern
zwischen Dnjestr und Pruth acht Sturmangriffe
der Russen blutig ab. Der Feind, der verzweifelte Anstren-
gungen machte, um unsere Truppen in die Bukowina zurück-
zuwerfen, erlitt im Artilleriefeuer schwere Verluste und ging
fluchtartig zurück. Acht Offiziere, 1002 Mann wurden ge-
fangen, drei Maschinengewehre erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei neuerlichen Vorstößen an der Isonzo-front er-
zielten die Italiener ebenso wenig einen Erfolg, wie bisher.
Bei Plava schlugen unsere braven Dalmatiner Truppen vor-
getreten ab und nach dem Angriff einer italienischen
Brigade ab. Gestern griff der Feind nochmals an und wurde
wieder zurückgeschlagen. Im Angriffsräume wurden zwei
pionierische Brigaden und ein Mobil-Miliz-Regiment fest-
gestellt. Die Verluste der Italiener sind hier wie im Krn-
gebiete sehr schwer.

Erneute feindliche Angriffe im Plödengebiet und
auf den Monte Coston wurden gleichfalls abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
b. Döber, Feldmarschallleutnant.

Seste Front im Westen und Fortschritt im Osten.

Der höchsten Bewunderung voll für den Soldaten der Deutschen Truppen vernahm man wieder den Bericht vom Freitag über die Kämpfe im Westen. Die Stellungen müssen ausgezeichnet ausgebaut sein, ein ganzes System einander folgender und untereinander verbundener Befestigungen, die es möglich machen, wenn irgendwo ein vorberes Grabenfeld verloren, ein einziges Stückchen weiter wieder in alter Festigkeit zu stehen. So wird dem Ansturm der Gegner, der mit außerordentlicher Bravour immer wieder unternommen wird, der Durchbruch unmöglich gemacht. Selbstverständlich sind die Kämpfe verlustreich, weitaus am schwersten muß natürlich der Angreifer leiden. In einer Meldung aus Genf vom 18. Juni heißt es: Für die seit 48 Stunden ununterbrochen mit furchtbarer Erbitterung geführten Kämpfe um Arras, die heute ihre Fortsetzung finden, boten die Franzosen und Briten über 12 Divisionen auf, die alle, wie die Hoffschreie Mote ausdrücklich zugeht, sehr ernste Verluste erlitten. Der Gesamtplan Joffres erfuhr wegen des vollständigen Versagens der Briten bei La Bassée in letzter Stunde eine Abänderung, was in die französische Schlachtordnung Verwirrung brachte. Unter anderem gelang den Deutschen die Behauptung des Gehölzes südlich Neuville, obwohl die französischen Batterien, die die Stellung erhalten hatten: Unsere Geschütze müssen ihr Bestes hergeben! zur Eroberung jener Stellung nicht weniger als 300 000 Geschosse abfeuern.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Stockholm: Der militärische Mitarbeiter von „Stockholms Dagblad“ schreibt über die Lage an der Westfront: Am ärgsten tobt der Kampf südlich Arras. Hier ist es den Franzosen gelungen, auf einer Front von über 15 Kilometern die deutsche Front etwa 3 bis 4 Kilometer zurückzudrängen und dann hatten die Franzosen fünf Wochen gebraucht, den Angriff vorzubereiten und überall verfügten sie über eine bedeutende Uebermacht. Wenn dies die derbste Frühlingsoffensive sein sollte, so hätte das Ergebnis den ausposaunten plumpen Siegeshoffnungen Joffres wenig entsprochen. Wenn Joffre beachtliche, die Offensive fortzusetzen und die Vorbereitungen dazu wieder so lange Zeit beanspruchten, dann wird er schwer überhaupt damit fertig werden, denn inzwischen dürfte sich der Hauptteil der im Osten kämpfenden deutschen Truppen zum Gebrauch im Westen freigemacht haben.

Ob es im Osten so rasch geht, wie das schwedische Blatt erwartet, sei dahingestellt. Allerdings haben auch die Freitagsberichte der Verbündeten neue Fortschritte gemeldet: Befestigung der russischen Stadt Larnograd, womit wohl der Druck der Russen auf die untere Sanlinie endgültig gebrochen ist, und Ueberbrückung des Flusses Bereschna, der sich von Grodek nach dem Dnepr zieht. Damit ist die neue Verteidigungslinie der Russen bereits angebrochen und die Aussicht auf Fortrückung auch dieser Front eröffnet. Bald wird es für die Russen heißen: Zurück auf Lemberg! Und dann? ...

In Russland kracht's!

Die russischen Nachthaber haben vergebens versucht, durch Pogrome gegen Juden und Deutsche der Gärung ein Ventil zu schaffen. Scheußliche Pogrome kamen allerdings vor, allein in Moskau sind dabei Werte von 300 bis 400 Millionen Rubel zerstört worden, viele Menschen, besonders Deutsche, wurden verletzt, einzelne auch totgeschlagen. Unter Vorwand von Jähnen und Wildern des Jaren und des Generalissimus zogen Räuberschwärme durch die Straßen, brachen unter der wohlwollenden Duldung der Polizei in Läden und Wohnungen ein und warfen soviel Möbel auf die Straße, daß die Straßenbahn zeitweise nicht verkehren konnte. Aber aus dem Pogrom eruchs der Streik und nun wurde der Belagerungszustand verhängt. Der „B. J. a. M.“ wird darüber gemeldet: Durch Befehl des Höchstkommmandierenden ist der Einwohnerschaft verboten, zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens auf der Straße zu erscheinen. Private Telefongespräche sind ebenfalls verboten. Der Arbeiterstreik erstreckt sich auf etwa die Hälfte der Fabriken des Moskauer Stadtbezirks. Die Moskauer Zeitungen veröffentlichen einen Aufruf an die Moskauer

Bevölkerung, worin es u. a. heißt: „Moskauer Mitbürger, Freunde, Brüder! Was tut Ihr? Was wollt Ihr mit Euren Unruhen? Kommt zu Euch! Galtet ein! Um Gottes Willen und im Namen der Liebe zum heiligen großen Russland haltet ein! Ihr helft ja nur unseren Feinden!“

Bei den in den jüngsten Tagen Verhafteten ist eine große Anzahl einzeln verhafteter Schusswaffen mit Munition gefunden worden, die zweifellos für die Provokation bestimmt waren. Inzwischen sind in Kiew, Charkow, Odessa und Tiflis weitere Massenverhaftungen erfolgt.

Die Moskauer Stadtverordneten hielten mit Erlaubnis des Höchstkommmandierenden eine außerordentliche Sitzung ab, worin ein Dumaabgeordneter in einer großen Rede ausführte, gegenwärtig seien vielleicht 3 weisse Lüder den Kriegsausgang verbreitet, man dürfe aber die Hoffnung nicht verlieren und müsse vor allem auf einer sofortigen Einberufung der Duma bestehen.

So sing es auch zur Zeit des Kriegs mit Japan an. Und noch ein anderes Kennzeichen, daß beim Militär wie unter der bürgerlichen Bevölkerung alle Bande reifen. Der Oberkommandant des Petersburger Militärbezirks hat eine Verordnung erlassen, nach der bei Androhung von Gefängnisstrafe bis drei Monaten oder Geldstrafe bis 3000 Rubeln unterloht wird, verwundeten oder kranken Soldaten Uniformen, Wäsche, Stiefel u. a. abzugeben, mit denen sie von den Truppenkörpern ausgestattet sind.

Sofort steht die sozialdemokratische Partei auf und sucht die Lage politisch nutzbar zu machen. Die Wiener „Rundschau“ meldet: Die sozialdemokratische Partei hat auf Antrag des Deputierten Tschelidse eine Erklärung beschlossen, in der es u. a. heißt: „Es wird in Russland das Recht der Nationalitäten auf freie Entwicklung, Befreiung und Vereinigung Volens und Freiheit der Südslawen proklamiert, zugleich aber werden die uralt Politif der Unterdrückung der Völker und die Entfaltung der nationalen Leidenschaften und Vorurteile in noch nie dagewesener Weise gehandhabt. Die Lösung des nationalen Problems in Galizien geschieht durch die üblichen Machinationen der gewalttätigen Russifizierung der Bevölkerung, religiöse Verfolgungen und Vernichtung der Freiheiten, die man bisher in Galizien unbehindert genießen konnte. Gleichzeitig mit der Verkündung der künftigen Autonomie Volens wird ein neues Attentat auf die Rechte des finnischen Volkes vorbereitet. Die chauvinistische Gefährlichkeit wird zur Aufreizung gegen die russischen Bürger deutscher Abstammung benutzt. Unter dem Vorwand der Wahrung von Militärgeheimnissen sind alle Blätter ukrainischer und deutscher Sprache und die ganze Arbeiterpresse vollständig unterdrückt.“ Die Erklärung schließt mit dem Wunsche der sozialdemokratischen Partei, sofort an der baldigsten Beendigung des Kriegs mitzuwirken und auf den Friedensschluß hinzuwirken.

Es bereiten sich große Dinge vor. Der Weltkrieg kann doch auch durch Klauseln im Friedensvertrag zugunsten unterdrückter Nationalitäten, den Pazifismus zurückwerfen.

Stockholm, 19. Juni. (D. D. P.) Die hiesige Blätter melden, kam es vor einigen Tagen zu revolutionären Straßentumulten in Reval gegen den Krieg, wobei es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Volksmassen und der bewaffneten Macht gekommen sein soll. Die Revaler Presse hat ihr Erscheinen eingestellt.

Friedenserörterung.

In England blieb bisher die Friedensagitation fast allein auf die unabhängige Arbeiterpartei beschränkt. Jetzt greift sie darüber hinaus. Im Unterhaus richtete Abgeordneter Dinnel an Asquith die Frage, ob es gestattet sei, die Schließung des Friedens in der Öffentlichkeit zu behandeln, oder ob ein solches Vorgehen gegen die Landesverteidigungsakte verstoße. Die Mehrheit der englischen Frauen wünschte die Beendigung der jetzigen Zerstörung menschlicher Leben, und da sie nicht die Möglichkeit hätten, Mitglieder des Hauses zu wählen, sollte Asquith eine Abordnung von Frauen empfangen und die Möglichkeit herstellen, die Friedensausichten vor dem Hause zur Sprache zu bringen. Asquith erwiderte, daß die Beendigung des Friedens keineswegs unter die Verbote der Landesverteidigung fallen könne, und daß jedermann und alle Klassen ohne Unterschied des Geschlechts wünschen müß-

ten, daß ein dauernder und ernsthafter Friede bald geschlossen werden könne; Asquith könne sich deshalb den Anregungen Dinnels nicht widerlegen.

Also macht England den Anfang mit der Freigabe von Erörterungen der Bedingungen, unter denen Friede geschlossen werden könne. Allerdings ist auch bisher schon in der Öffentlichkeit und erst recht Frankreichs schon mancherlei darüber gesagt, aber es war so, daß nur die Gewaltvollsten frei zu Wort kommen konnten, die ja auch in Deutschland verstehen, ihr Begehren trotz des Verbots in allerlei Formen zu äußern.

Bei der Gelegenheit sei noch von einer Presseerörterung Notiz genommen, die an jene bekannte Äußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ anknüpft, die am 5. Juni bestritt, daß von englischer Seite Versuche zur Anknüpfung von Verhandlungen gemacht worden seien. Ein Rittmeister a. D. hat die Angabe der „Nordd. Allgem. Ztg.“ bestritten. Der Betreffende steht an der Spitze einer Vereinigung, die für die Idee wirkt, mit England Frieden zu schließen. Wir geben in der Fassung der „Frankf. Ztg.“ die Vorgänge wieder: „Auf einem pazifistischen Kongress, der vor mehreren Wochen in Holland stattfand, ist ein bekannter, in dieser Bewegung stehender deutscher Professor von einer neutralen diplomatischen Persönlichkeit gefragt worden, wie sich Deutschland zu einer Vermittlung stellen werde, die zwischen ihm und England angebahnt werden könnte. Der Professor hat mit anderen Persönlichkeiten darüber gesprochen. Auch uns ist die Sache damals bekannt geworden, und er hat in ganz loyaler Weise unseres Wissens sich an das Auswärtige Amt um Beantwortung dieser Frage gewendet und sich dabei der Vermittlung eines durchaus nicht pazifistischen ehemaligen Diplomaten bedient. Die Reichsregierung hat es abgelehnt, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, und damit war sie erledigt.“

Wir besitzen den Wortlaut einer Erklärung des Rittmeisters a. D., der jener Vereinigung vorsteht. Als „erledigt“ erscheint uns danach die Angelegenheit nicht. Wir meinen vielmehr, es sei Pflicht besonders der Reichstagsabgeordneten, schon vor dem Wiederauftreten des Reichstags auch diese Sache zu erkunden. Als das Wichtigste dünkt uns jedoch im Augenblick, die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen auch in Deutschland frei zu bekommen. Nur so kann die Schädlichkeit ausdehnender Forderungen erwiesen, nur so dem Ausland Gewißheit verschafft werden, ob die Einleitung von Friedensverhandlungen möglich ist. Nicht erst, wenn die Diplomaten sich am grünen Tisch niederlassen, sondern jetzt, so rasch als möglich muß das deutsche Volk legalen Einfluß auf das Friedenswerk erhalten.

Britische Gewerkschaften für Burgfrieden und Munitionserzeugung.

Der englische Minister Lloyd George macht jetzt eine Rundreise durch die industriellen Gegenden Englands, um zur erhöhten Munitionslieferung aufzuwecken. Aus den Klagen des Lloyd Georges zu schließen, muß es um die Munition der englisch-französischen Streitkräfte nicht gut bestellt sein. Um den nötigen Effekt zu erzielen, nahm der Minister übrigens den Mund sehr voll. So sagte er nach einem Bericht der Kopenhagener „Politiken“ u. a.:

„Die Arbeitgeber und Arbeiter der Metallfabriken können diesen Krieg gewinnen, aber ohne sie ist der Sieg unmöglich. ... Die Maschinenarbeiter, die sich zu den Köhnen gemeldet haben, können, so tapfer sie auch sein mögen, mehr nützen, wenn sie in den Fabriken Munition herstellen, als wenn sie in den Schlachtfeldern kämpfen. ... Die Regierung hat ein Zirkular an die Maschinenfabriken geschickt und um Angaben der Namen derer, die die Fabriken verlassen haben, ersucht; und Lord Ritcher hat Befehl gegeben, daß die betreffenden Personen aufgefordert werden sollen, zurückzukehren, um Munition herzustellen. Lloyd George fährt weiter aus, daß man die Friedensvereinbarungen für die Dauer des Krieges aufheben soll, so daß es erlaubt ist, Frauen in den Munitionsfabriken zur Hilfe der ausgebildeten Arbeiter zu verwenden, so wie man dies in Frankreich getan hat. Am Schluß seiner Rede sagt er, wie sollten in diesem Augenblick keine Vortrefflichkeiten haben; es ist jetzt keine Zeit von Ueberzeugungen, die und zersplittern, zu sprechen. ... Wir kämpfen gegen einen gut organisierten und gut vorbereiteten Feind, der erogen ist, nur für die Zukunft seines Landes zu kämpfen. Sind die Briten weniger patriotisch? Großbritannien war vielleicht nicht bereit; aber jetzt ist es unsere Pflicht, die verlorenen Ziele einzuholen. Ich fordere Sie auf, unsere Krieger und Eisenbahnwagen mit Materialien zu füllen, die unsere Truppen instand setzen werden. Die Linien des Feindes zu durchbrechen. Vierzig Tage und vierzig Nächte soll es unaufhörlich Granaten über die deutschen Stellungen regnen.“

Zivilisten. Nachdem die Russen geendigt, trat der Etappenkommandant vor und hielt in französischer Rede folgende Ansprache an den Bürgermeister von Rogers und seine Kollegen:

Meine Herren Bürgermeister!

Wir haben Sie zur Teilnahme an dieser Feier eingeladen, mit welcher die deutsche Militärbehörde ein Denkmal zu Ehren der deutschen und französischen Soldaten einweiht, die auf dem Felde der Ehre für ihr Vaterland gefallen sind.

Wir erwarten und hoffen von der Ritterlichkeit der Franzosen und der Einwohner aller Städte und Dörfer dieses Landes, daß sie dieses Mal die Gräber der Kämpfer, die ruhmvoll ohne Unterschied der Nation gefallen sind, auch in Zukunft achten und ehren werden.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, auf diese Weise auch die Soldaten des Feindes zu ehren, die ihre Pflicht getan haben, wie die unseren die ihre.

Aus diesen Gefühlen heraus, hochgeachteter Herr Doktor Berufsleiter, Bürgermeister von Roucourt, und Vertreter der Einwohner der Etappe Roucourt, und besonders Sie, Herr Reguier, Bürgermeister der Gemeinde Rogers-Bont Mungis-Begumont, übergebe ich diesen Denkmal Ihrem Schutze, in vollem Vertrauen in Ihre Ritterlichkeit und darauf, daß er in alle Zukunft wohl geachtet und geehrt wird.

Nach dieser Rede trat der Bürgermeister von Roucourt vor, um seine Antwort abzugeben. Es war ein sehr feierliches Gefühl, das einen jeden von uns durchschauerte, als so sich nicht nur Herz und Herz, sondern auch Staatsgewalt und Staatsgewalt (gegenüber und doch gemeinsam) beugten vor dem großen Schicksal, das jetzt durch ihre Länder rauschte. Und als ob diese gemeinsame hohe Menschlichkeit sich in besonderer Schönheit symbolisieren wollte, traten in diesem Moment zwei französische Kinder vor, einfach gekleidete Mädchen aus dem Volke, und legten an dem Obelisk gerade unter der deutschen Inschrift zwei Feldblumensträuße nieder. Dann begann der Dr. Berufsleiter, ein Mann von 60 Jahren, kurz, vollbärtig, vom Typ unseres Jean Jaures. Er hatte kein schönes Organ, aber die innere Erregung und der sachliche Schwung seiner Worte rief ihn und uns mit:

Meine Herren Generale, Herr Kommandant, meine Herren!

Im Namen der französischen Bevölkerung dieser Gegend danke ich den hohen Militärbehörden, daß sie in gemeinsamer Ehreung die deutschen und französischen Soldaten, die hier gefallen sind, vereint haben und daß sie zu ihren Ehren dieses Denkmal errichtet haben, das ihre Andenken zu vereinen bestimmt ist.

Seuilleton.

Deutsch-französische Ritterlichkeit.

Sedan, 12. Juni.

Mit dem Rationalbau ist es eine merkwürdige Sache. Am üppigsten gedeiht er auf den Redaktionen. Aber je näher man an die Front kommt, desto mehr nimmt er ab. Er wird temperiert durch Erfahrungen — lebenswürdig und tragischer Art. Der Soldat, der seinem französischen Gegner seit monatelang gegenüber liegt, der ihn bei Arras und in der Champagne todesmutig kämpfen sah, der hat sich ein Rationalbewußtsein errungen, das ihm die Achtung vor dem Gegner nicht nur erlaubt, sondern geradezu vorschreibt. Es ist eine wahre Freude zu hören, mit welcher Ritterlichkeit heute jeder Frontsoldat von der Tapferkeit seines französischen Gegners spricht. Und wie in der Front, so in der Etappe. Der tägliche Umgang seit Monaten mit dem französischen Volke hat ein gewisses Verstehen auf beiden Seiten gefördert. Man bleibt zwar Deutscher und man bleibt Franzose — mit all dem Wollen und Sollen, mit all der Liebe und Sehnsucht, die heute in diesen beiden Völkern liegt. Aber wenn man sich wirklich noch haßt, so ist dieser Haß abgeklärt — gereinigt zu einem politischen Selbstbewußtsein ohne persönliche Schloßen. Vor ein paar Monaten wurde ein deutscher Leutnant zwischen den feindlichen Gräben niedergeschossen. Ein Soldat sprang hervor, den Schwerverwundeten zu uns zurückzuholen. Auch er wurde beschossen, da schwang sich ein französischer Offizier aus seinem Graben, alle Gewehre ruhten, und mit seiner Hilfe ward der Verwundete zu uns herübergeschleppt. Das ist eine Episode. Sie ist gewiß nicht wichtig — und ist nur ein Säuseln inmitten dieses Orkans, der jetzt über Europa geht. Aber sie zeigt wie manche andere, daß die Gesetze der Ritterlichkeit auch im Höllekrieg der Ketzerei nicht ganz ausgelöscht sind — beim einfachen Musketier wie beim kommandierenden General.

Ich habe schon oft den edel kameradschaftlichen Geist erwähnt, aus dem heraus unsere Soldaten die Gräber von Freund und Feind mit gleicher Liebe und Achtung pflegen. Auch auf der letzten Frontlinie zur Dorek-Schlacht habe ich

auf dem Soldatenfriedhof in Lens rührende Beispiele dieses Geistes gesehen. Aber nirgends war keine Manifestation so groß, so schön, so feierlich, wie bei der Einweihung des deutsch-französischen Grabdenkmals, der ich gestern auf einem Hügel südlich Sedan beizuohnte.

Die Kämpfe um den Maasübergang bei Sedan Ende August hatten sich am 27. jenes Monats auf die Höhen von Rogers konzentriert. Rheinische Truppen des 8. Armeekorps und Reservekorps waren es, die hier in siegreichem aber verlustreichem Sturm vordrangen. Rings um den Hügel lag Grab an Grab — Deutsche und Franzosen bunt durcheinander. Die wunderbare Lage dieser Höhe mit ihrem weiten Ausblick in das Tal der Maas auf Vogelle und Sedan hin legte den Gedanken eines Denkmals, das vorzüglich das Verhältnis zwischen den französischen und deutschen Behörden die Form eines gemeinsamen Denkmal nahe. Gestern, am 12. Juni, ist dieses gemeinsame Grab- und Denkmal im Beisein der deutschen Heeresleitung und unter offizieller Teilnahme der französischen Behörden eingeweiht worden.

Das Denkmal zu Ehren der 3000 Toten (1700 Franzosen und 1300 Deutsche) besteht aus einem gedungenen Obelisk. Die eine Seite zielt das kurze Wort „Für uns“, die andere „Pour la patrie“. Im Norden liegt von Rasen umgeben ein Stein-Medillon: „Hier ruhen 30 tapfere deutsche Soldaten“ — im Süden desgleichen ein anderes: „Ici reposent 30 braves soldats français“. Das ganze entstammt den fleißigen Händen deutscher Landwehrlente. Das Denkmal ist eingetaucht von wogenden Kornfeldern, von Wiesen, auf denen jetzt roter Mohr blüht. Und auf der ganzen Höhe zwischen Grab, Korn, Blumen und Bäumen: verstreute Gräber, Kreuze, Kränze.

Mit Musik begann es. An der einen Seite standen die Franzosen — eine Abordnung der umliegenden Dörfer in feierlichem Grad und Hülender, Frauen in Sonntagkleidern, Gräße, wenig Männer, aber viele Kinder. An der anderen Seite die deutschen Militärs: der Führer der dritten Armee, mehrere Generale, Stabsoffiziere, Abordnungen aller beteiligten Regimenter, die Erbauer des Denkmals, die Handwerker, eine Ehrenwache. Fünf Berichterstatter und der Schriftführer Rudolf Herzog waren die einzigen deutschen

regnen. Wir wünschen in den Stand gesetzt zu werden, eine Ein-
tut bei Reue Chapelle hervorzurufen und die deutschen Stellungen
vierzig Tage und vierzig Nächte mit Granaten zu überschütten...

Lloyd George wird am 23. Juni die Munitionsgesetz-
vorlage im Unterhaus einbringen. Er unterbreitete den Ent-
wurf vorher einer Kommission von Vertretern der Gewerk-
schaften. Ueber das erzielte Resultat schreibt der Parla-
mentsberichterstatter der „Daily News“: Der Plan für die Mu-
nitionsbill, den Lloyd George mit Vertretern der Gewerk-
schaften erörterte, fand Zustimmung. Die Hauptpunkte sind:
Die Gewerkschaften sollen von den örtlichen Munitions-
ausschüssen aufgefordert werden, alle Mitglieder, die für die
Herstellung von Munition in Betracht kommen, zu bezeichnen.
Die Gewerkschaften werden die Arbeiter auffordern, sich nach
bestimmten Plätzen zu begeben. Die Vertreter der Gewerk-
schaften glauben, dies könne auch unter dem freiwilligen
System geschehen, wenn nicht, werde die Frage aufhauen, ob
die Regierung weitergehende Vollmachten braucht. Jeder
wurde vereinbart, daß während des Krieges
alle Streiks und Ausperrungen verboten
sein und alle Streitigkeiten durch ein obligatorisches Schieds-
gericht, aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt,
ausgetragen werden sollen. Die Vertreter der Gewerkschaften
sagen ihren Widerspruch gegen ein obligatorisches Schieds-
gericht angesichts der nationalen Gefahr zurück; Unregel-
mäßigkeiten bei Munitionsarbeitern sollen unter die Straf-
gewalt der Gewerkschaften fallen. Falls die Disziplin der
Gewerkschaft nicht ausreicht, würden weitere Maßregeln zu
erwägen sein.

Englische Finanzsorgen.

Der Parlamentskorrespondent der „Times“ schreibt: Es ist
wahrscheinlich, daß Mac Kennas erstes Budget das fürchterlichste
Werkzeug der Rettung in unserer Finanzgeschichte werden wird.
„Manchester Guardian“ empfiehlt eine Zwangsanleihe bei allen
Klassen der Bevölkerung anstatt einer neuen Kriegsanleihe. Um
das Defizit zu decken, müßten 12 Prozent des Gesamteinkommens
der Nation erhoben werden.

Die Bezahlung der Einfuhr, besonders des Kriegsbedarfes aus
Amerika macht England schwere Sorgen. Der New Yorker Wechsel-
kurs auf London (übrigens auch die Valuta seiner Verbündeten)
ist stark gefallen. England wird große Goldüberschüsse vor-
nehmen müssen, um seinem Kredit in Amerika aufzuhelfen.

Es ist gut, daß England stark am Geldbeutel merkt, was seine
Kriegsbeteiligung ihm bedeutet. Aber Wahnsinn bleibt doch, daß
die Länder und Völker sich in einen Abgrund der Schulden stürzen.

Die trostlose Lage Löwens.

Die zum großen Teil in Schutz und Asche gelegte Stadt
Löwen in Belgien geht einer sorgenvollen Zukunft entgegen.
Der Schilderung der Lage Löwens, die ein holländischer Be-
richterstatter gegeben hat, entnehmen wir nach der „Post“ fol-
gendes: Zu Beginn des Krieges zählte Löwen mindestens
12 000 Einwohner. Jetzt sind ungefähr 15 000 immer noch nicht
zurückgekehrt. Die Behörden haben dafür gesorgt, daß der
Schutt aufgeräumt wird. Hausfällige Mauerwerk sind abge-
brochen, gefährliche Plätze mit Bretterzäunen versehen wor-
den. Gassenbesitzer, welche zurückgekehrt sind, haben auf dem
Schutt ihrer Wohnungen armliege Säulen aufgerichtet,
worin sie jetzt ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben.
Wie es immer geht, so sind auch hier die armen Leute in der
Stadt geblieben, während die wohlhabenden jetzt ruhig und
sorglos in anderen Ländern leben. Demzufolge steht es mit
dem Einziehen der Steuern sehr schlecht, und die städtischen
Behörden befinden sich in einer äußerst peinlichen Lage. Das
Budget von 1915 zeigt bereits ein Defizit von 3 Millionen
Franken und noch ist das Jahr nicht zur Hälfte verstrichen.
Ohne Uebertreibung kann man daher sagen: Unsere Lage ist
derart hoffnungslos, daß man sich einen Ausweg nicht mehr
denken kann.

Vom Unterseeboots- und Handelskrieg.

Stockholm, 18. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Daß die Eng-
länder nach wie vor die neutralen Flaggenfarben mißbrauchen,
geht aus einer Meldung des „Nations“ Tages „Ruhet“ aus
Karlskrona hervor, nach der ein schwedischer Seemann in
South Shields einen englischen Dampfer in völlig
schwedischer Verkleidung sah.

Berlin, 18. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Die Post, die sich
am 17. Juni in Kiel eingebrachten Dampfer „Thoris“
befand und aus russischen, dänischen und schwedischen Postbesten

Sie alle, Freund und Feind, haben in der Tat, wie jener alte
Vers sagt, ihre sterblichen Tage ihrer Pflicht geopfert und der
Kreuz gegen ihren Eid, sie alle haben jenes „heilige Ziel“ erreicht,
daß die Nachwelt zu ehrender Achtung vor ihnen und ihrem
Gedächtnis verpflichtet ist.

Reine Herren. Sie haben durch diesen Denkstein zeigen
wollen, daß die Tapferkeit nicht nur eine Eigenschaft derjenigen
Bataillone ist, die siegen, sondern daß die Ehre gleich ist, selbst für
die, die unterliegen, denn diese haben ihrem Vaterlande in gleicher
Höhe ihr Blut geopfert.

Dieser Obelisk von Stein, der bestimmt ist, den Stützen der
Zeit zu trohen, diese schlichten Goldkreuze, die den Kämpfern zum
letzten Male gestatten, im Schatten der Farben zu ruhen, für die
sie gekämpft haben.

Sie alle sollen geehrt bleiben.

Wir werden unseren Kindern die tragische Geschichte dieses
gigantischen Krieges erzählen, und bei unseren Erzählungen wird
sich ihre Seele füllen mit Tapferkeit, mit Selbstlosigkeit, mit al-
len männlichen Tugenden, von denen diese Helden hier soviel
herausgebeugte Beispiele gesehen haben.

In der Erwartung jenes geeigneten Tages der baldigen Ver-
söhnung der Nationen grüße ich alle die Tapferen, die hier mit
ihrem Leben den Gehorsam gegen ihre Pflicht bezahlt haben und
die hier nun zu ewigem Schlaf ruhen, gleichsam eingehüllt Seite
an Seite in das gemeinsame Reichthum der unsterblichen Hoffnung
auf Ruhm und Ehre.

Die Verden trillerten, einige Frauen weinten, der Wind
strich durch das Storn, das grün und gelb und silbergrau in
dicken Lehren stand. Soldaten traten mit Kränzen herzu
und legten sie nieder. General von Einem drückte dem
Bürgermeister die Hand. Die Musik spielte. Die fremden
Gemeindevorsteher gingen zu unseren Soldaten heran und
suchten ihnen etwas Freundliches zu sagen. Aller Herzen
wurden weh. Und für einen Augenblick entspannte sich auf
diesem Hügel ein Bild wie vor dem Kriege — ein Bild der
Vergangenheit, ein Bild der Zukunft. Jener Zukunft, von
der der Militärpfarrer in seinen Eingangsworten sprach —
in der „aus dem Gorgasta der Nationen ein
Ostern aller Völker wird.“

Dr. Adolf Rüter, Kriegsberichterstatter.

bestand, ist ungeöffnet an die schwedische Postbehörde aus-
geliefert worden.

Weddigen ein Opfer des Flaggenschwindels.

Berlin, 18. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Ueber die Art
der Vernichtung von „U 29“ wurde, wie wir von maßgebender
Stelle hören, jetzt aus besonderer Quelle bekannt, daß das
Boot durch einen unter schwedischer Flagge
fahrenden englischen Tankdampfer zum
Sinken gebracht wurde. Hierdurch finden die von
vornherein umlaufenden Gerüchte ihre Bestätigung, daß das
Boot britischer Hinterlist zum Opfer gefallen ist.

Der Kommandant des Bootes war Weddigen, dessen
männlich-gerader Sinn und menschliches Handeln auch in Eng-
land anerkannt worden ist. Er hat er vor der Versenkung
den Schiffsmannschaften Rettungsgelegenheit geboten und
seine Rücksicht kostete ihm schließlich selbst das Leben.

Vom Dardanellenkampf.

Konstantinopel, 18. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Das
Hauptquartier teilt mit: In der Dardanellenfront zerstörte
unser Artillerie am 16. Juni bei Ari Burnu Maschinenge-
wehrrstellungen und wichtige Beobachtungspunkte des Fein-
des. Ein feindliches Geschütz wurde gebrauchsunfähig ge-
macht. Eines unserer Regimenter auf unserem rechten Flü-
gel nahm einen Teil der feindlichen Schützengräben und be-
setzte ihn. Gestern dauerte in der Gegend von Ari Burnu
und Sedd-il-Bahr schwaches Geschütz- und Infanteriefeuer von
beiden Seiten an, ohne daß sich etwas Wichtiges ereignete.
Seit dem 14. Juni verwendet der Feind Erbschloßgeschosse,
welche erstickende Gase entwickeln. An den anderen Fronten
nichts Neues.

Von den italienischen Sozialisten.

Rom, 19. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Der in Rom vereinte Vorstand
der sozialistischen Partei hat eine Tagesordnung angenommen, in
der angeordnet ist, daß der Krieg völlig verändert werden wird, in-
besondere der Aufhebung der Weisungsfreiheit, beschlossen wird,
die Propaganda für die Grundsätze der Partei festzusetzen, der
stetigen Reaktion entgegenzuarbeiten, die Entwicklung der poli-
tischen und wirtschaftlichen Organisationen, sowie die Interessen
der einberufenen Arbeiter zu wahren und vor allem dafür zu
sorgen, daß die Leiden und Schäden des Krieges den wohlhaben-
den Klassen auferlegt werden und daß die Unterstützung der Rol-
leibenden nicht auf dem Wege der Wohlthätigkeit, sondern als sozia-
listische Pflicht erfolge, vor allem auch der mahnungswürdigen Propaganda
des Hasses zwischen den Völkern und Klassen entgegenzutreten.

Das Resultat der griechischen Wahlen.

Berlin, 19. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Es steht nunmehr fest, daß die
Partei Venizelos 186 von 318 Mandaten gewonnen hat. Venizelos
verlangt die sofortige Einberufung der Kammer und den Rücktritt
des Kabinetts Gounaris, der aber infolge der Krankheit des Königs
verschoben werden muß. Venizelos wird baldigst die Leitung seiner
Partei übernehmen und später das Ministerium bilden. Die Ab-
stimmung Venizelos über die Stellung Griechenlands zum Kriege sind
unbekannt, es wird aber angenommen, daß Venizelos eine vor-
sichtiger Haltung als früher einnehmen wird.

Ungarischer Bürgerkrieg.

Bei Ausbruch des Krieges waren eine Anzahl ungarischer
Sozialisten wegen politischer Vergehen verurteilt worden.
meist handelte es sich um mehrmonatige Strafen, die im
Wahlrechtskampfe erworben wurden. Amnestiert wurden nur
jene, die in der Front kämpften, und auch nur, soweit ihre
Strafe nicht sechs Monate übersteigt. Die noch schwebenden
Prozesse wurden nicht eingestellt. Ministerpräsident Tisza
hat in öffentlicher Reichstagsitzung während des Krieges
seinen Standpunkt in der Wahlrechtsfrage nicht geändert; er
trat gegenüber einer Forderung der Opposition für die Be-
behaltung des gegenwärtigen Wahlgesetzes ein. Der Justiz-
minister ging noch einen Schritt weiter: Die große Wahl-
rechtsdemonstration, die am 22. Mai 1912 in Budapest statt-
fand, hatte eine große Anzahl Prozesse zur Folge, von denen
einige noch bei Ausbruch des Krieges schwebten. Nach der
allgemeinen Mobilisierung hielten es nun die Verteidiger von
18 Angeklagten für angezeigt, sich an den Justizminister zu
wenden, um in Anbetracht der neuen Verhältnisse die Ein-
stellung des Verfahrens zu erwirken. Die Verteidiger moti-
vierten ihr Verlangen damit, daß die Mehrzahl der Ange-
klagten zu Kriegsdiensten einberufen, das Vergehen auch der-
artig sei, daß im Falle der Verurteilung ohnedies nur eine
minimale Strafe verhängt werden könne. Die Antwort des
Justizministers kam prompt. Sie lautet, von einer Ein-
stellung des Strafverfahrens sei abzusehen, da die Ange-
klagten für ihr Verbrechen bereits streng bestraft worden müßten.

Und richtig fand am 7. Juni die Verhandlung gegen die
18 Personen statt; sie fiel allerdings für den Justizminister
viel kläglicher aus als für die Angeklagten. Drei Frauen
erschieden zur Verhandlung, die Männer, die auf der An-
klagebank Platz nehmen sollten, verteidigten im Norden,
Süden und Osten das „heure Vaterland“. Die Richter ver-
urteilten die 3 Frauen zu je einem Tag Haft, der auf die
Unteruchungshaft angerechnet wurde.

Das sind Dinge, die lauter reden, als eine Rede und
eine Straßendemonstration.

Der Lehrling als Landsturmmann.

Die Ausdehnung der Landsturmpflicht auf die Ahtzehn-
jährigen in U n g a r n hat eigenartige soziale Mißstände mit
sich gebracht. Unter den Ahtzehnjährigen sind noch viele
Lehrlinge, die nach ungarischen Gebräuchen ausnahmslos
in kontraktlichem Verhältnis zu ihrem Lehrmeister stehen. Mit
dem Eintritt zum Militär wird dieses Verhältnis gelöst.
Der Meister ist nicht verpflichtet, die nach dem Kriege heim-
kehrenden Lehrlinge auf Grund des alten Lehrvertrages wie-
der einzustellen und sie nach Erfüllung der noch rückständigen
Lehrzeit loszusprechen. Daraus folgt, daß diese Vaterlands-
verteidiger gezwungen sind, entweder in ein sie auf Jahre
hin ausbindendes neues Lehrverhältnis einzutreten oder
einen neuen Beruf zu wählen. Die Zeit, die sie im alten
Lehrverhältnis zubrachten, gingen ihnen verloren. Es kann
aber auch geschehen, daß infolge des Krieges oder infolge an-
derer Ursachen viele gewerbliche Betriebe genötigt sind, ihren
Betrieb einzustellen und die aus dem Kriege heimkehrenden
jungen Leute auch dann nicht losgesprochen werden könnten,
wenn sonst der Wille hierzu vorhanden wäre.

Die österreichische Regierung ordnete an, daß die
im Jahre 1896 und 1898 geborenen landsturmpflichtigen
Gewerbelehrlinge, die zwei Jahre ihrer Lehrzeit durchgemacht
haben, noch vor dem Eintritt loszusprechen sind. Der Ge-
werbestatrat der Ungarischen Arbeiterorganisationen
hat an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in der er
ähnliche Maßnahmen für die ungarischen Lehrlinge fordert.
Benigstens sollen alle die Militärfähigen als ausgebildet
gelten, welche zwei Drittel ihrer Lehrzeit vollendet haben.
Die Gewerbebehörden nehmen keinen einheitlichen Stand-
punkt ein, das Gros der Meister kümmert sich überhaupt nicht
um das Los der Lehrlinge, und so fühlt sich der Gewerbestat-
rat gezwungen, einzutreten für diejenigen, die trotz ihrer
Jugend dem Lande schon solch große Opfer zu bringen haben.

In Arbeiterkreisen begt man die Hoffnung, daß, wenn
die ungarische Regierung trotz des Krieges den Arbeitern noch
immer das politische Recht verweigert, sie wenigstens in wirt-
schaftlicher Beziehung entgegenkommen wird.

Ein Wahlrechtsvorschlag.

In der „Südd. Anz. Rorr.“ macht der rechtsstehende
Wahlrechtspolitiker Dr. Wolfgang Heinze (Karlsruhe) den
Vorschlag, den reichstagswahlberechtigten Kriegsteilnehmern
eine zweite Stimme zu geben, und zwar weil die kriegsteilneh-
mende landwirtschaftliche Bevölkerung verhältnismäßig besonders
zahlreiche Soldaten ins Feld gestellt hat, weil die unverbrüch-
liche Manneskraft des Krieges seinen Teilnehmern die Not-
wendigkeit einer festgesetzten, staatlichen Ordnung auch im
Frieden nahelege, weil der hohe Schwung der Begeisterung in
den Heimgekehrten die Reigung verstärken werde, idealen Er-
wägungen vor rein materiellen den Vortzug zu geben, uhm.

Die alldeutschen „Berl. Neuest. Nachr.“ finden den Vor-
schlag „beachtenswert“. Ob die Auffassung Dr. Heinges, daß
Artikel 20 der Reichsverfassung der geplanten zweiten Stimme
(welche den Grundlag des gleichen Wahlrechts mobilisierend
durchbricht) nicht entgegenstehe, vermag das Blatt im Augen-
blick nicht zu erkennen.

Dieser Vorschlag ist also den Reaktionären angenehm.
Wie sieht's aber mit dem allgemeinen gleichen und direkten
Wahlrecht in Preußen? Da herrscht verständnisvolles
Schweigen!

Die vierte gewerkschaftliche Kriegskatistik.

Den drei Erhebungen der gewerkschaftlichen Zentralverbände
über die Einwirkungen des Krieges auf die Organisationen, die
Anfang September, Ende Oktober, Ende Januar stattfanden, ist
nunmehr eine vierte Ende April gefolgt. Die Zahl der zum
Heeresdienst eingezogenen Mitglieder wächst danach ansehnlich.
Während im September 1914 erst 27,7 Prozent der Mitglieder
eingezogen waren, stieg die Zahl im Oktober auf 31,2, im Januar
auf 34,1 Prozent und im April auf 41,7 Prozent. Der Mitglieder-
verlust ist, wie danach nicht anders zu erwarten ist, ein erheblicher.
Am Schluß des zweiten Quartals 1914 zählten die der General-
kommission angehörenden Zentralverbände 2521 303 Mitglieder,
nach der letzten Kriegskatistik am 30. April 1915 betrug die Zahl
1 928 978. Mitgliederverluste durch Austritt aus der Organisati-
on dürften nicht viel erfolgt sein. Der Mitgliederverlust wird
ausschließlich auf die zum Heeresdienst Einberufenen zurück-
zuführen sein. Die meisten Verbände konnten in der Kriegszeit
sogar beträchtliche Neuaufnahmen, namentlich in den letzten Mo-
naten, vornehmen. So wurden bei den Bauarbeitern 14 513, bei
den Transportarbeitern 1422 und bei den Holzarbeitern 10 400
Neuaufnahmen gezählt. Auch die Zahl der zum Heeresdienst ein-
berufenen besoldeten Angestellten der Gewerkschaften ist eine er-
hebliche. Bis zum 31. Dezember 1914 wurden 559 Angestellte
der Gewerkschaften gemeldet. Ueber die Zahl der eingezogenen
Funktionäre liegen keine Angaben vor; es läßt sich aber ermeinen,
daß diese Zahl sehr viel größer sein muß, als die Zahl der ein-
berufenen Beamten, woraus sich erkennen läßt, wie außerordent-
lich schwierig es ist, den Verwaltungsapparat trotzdem in Funktion
zu erhalten.

Der Prozentsatz der im Heeresdienst stehenden Mitglieder ist
in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er steigt von 21,6
Prozent bei den Tabakarbeitern auf 84,2 Prozent bei den
Metallern. Nahezu die Hälfte der männlichen Mitglieder ist den
Gewerkschaften also entzogen. Das ist für die Leistungsfähigkeit
der Organisationen nicht nur während der Kriegszeit, sondern
vor allen Dingen nach Kriegsschluß von entscheidender Bedeutung.
Die bei Kriegsbeginn vielfach aufgehobenen Unterstützungseinrich-
tungen konnten nach und nach in den meisten Verbänden wieder
eingeführt werden; die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ließ dies
zu. Auf einigen Berufen lastet die Arbeitslosigkeit immer noch
sehr schwer, obgleich im allgemeinen eine Besserung auf dem
Arbeitsmarkt eingetreten ist. Nach diesen statistischen Erhebungen
ist die Zahl der Arbeitslosen von 21,2 Prozent im September auf
10,7, dann auf 6,6 und am 30. April 1915 sogar auf 2,8 Prozent
gesunken. Es wurden immer noch 90 081 Arbeitslose gezählt; dazu
kommen noch 82 572 Mitglieder, die bei verletzter Arbeitszeit und
für geringeren Lohn arbeiten. Die letzte Statistik führt die Gul-
macher an erster Stelle auf, und zwar mit 22,1 Prozent Arbeits-
losen; dann folgen die Zivildienstleistenden mit 15,2, die Porzellan-
arbeiter mit 13,5 Prozent; die Holzarbeiter zählten nur noch
5,6 Prozent, die Buchdrucker und Metallarbeiter je 1,6 Prozent
Arbeitslose. Einer der größten Berufe, und zwar die Bergarbeiter,
stehen an letzter Stelle mit 0,1 Prozent Arbeitslosen.

Die Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung führt gewaltige
Summen auf. Schon in den ersten 8 Kriegsmonaten wurden über
174 Millionen gezahlt; in den 8 Monaten Kriegszeit betrug die
gesamte Ausgabe rund 204 Millionen Mark und die Unterstützung
der Familien der Kriegsteilnehmer belief sich auf über 7 Millionen
Mark.

Diese hohen Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Gewerk-
schaften waren diese instand, auch in dieser schweren Zeit zu be-
friedigen. Nach Beendigung des Krieges, wenn die Millionen aus
dem Felde zurückkehren, werden die Gewerkschaften vor neue wich-
tige Aufgaben gestellt sein. Die Gewerkschaften haben während der
Kriegszeit ein hohes organisatorisches Können gezeigt; sie haben auf
dem Gebiete der sozialen Fürsorge, im Interesse der Kriegsteilnehmer
und ihrer Familien tatkräftig mitgewirkt, sie werden auch nach Be-
endigung des Krieges dafür sorgen, daß die arbeitende Klasse des
deutschen Volkes zu ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen
Rechten kommt.

Russenkreis in Niederschlesien.

In der Huchsbau im Waldenburger Kohlenrevier in
Niederschlesien haben am Montag und Dienstag etwa 100
russische Schlepper die Einfahrt verweigert. Es handelt sich
bei diesen Arbeitern um Leute, die nach der Okkupierung
Polens durch die Deutschen in der Lodzer Industrie keine Be-
schäftigung mehr fanden, und von den Militärbehörden Ar-
beitsvermittlung auf schlesischen Gruben erhielten. Die
Russen verweigerten die Arbeit deshalb, weil ihnen angeblich
6 Mark Lohn pro Schicht in Aussicht gestellt worden sind
(der Sauerlohn beträgt hier noch nicht 5 Mark) und sich bei
den Lohnzahlungen herausstellte, daß dieser Lohn nicht er-
richtet wird. Die Russen wiesen auf dem Grubenhof Be-
sprechungen ab. Am Mittwoch früh sind alle Russen wieder
eingefahren; die Grubendirektion hatte eine kleine Zulage
bewilligt. Ueber die Höhe der Zulage ist nichts bekannt.

Kriegs- und Friedensprogramm britischer Sozialisten.

Der „Labour Leader“, Manchester, vom 27. Mai bringt einen auch als Flugblatt gedruckten Aufruf. Wir geben ihn im Wortlaut wieder, weil auch deutsche Arbeiter daraus viel lernen können:

Der Krieg und die soziale Lage.

Das Programm der Independent Labour-Party.

Krieg ist Zerstörung — Zerstörung von Wohlstand, Wohlfahrt, Gemütsfrieden, Leben. Während er dauert, sind soziale Programme unumsetzbar, Fabrikschließungen zu Heben, Bopiers, Gewerkschaftsverträge und Abmachungen übergegangen worden. Der Krieg zerstört den Gewinn vieler Generationen Friedens. Aber während er dauert, jagt die Profitgier das Herz der Nation aus. Der Preis ist um das Doppelte, Dreifache, Vierfache gestiegen, für die Armen ist Nahrung an manchen Stellen bis zu 30 Mark die Tonne erhöht. Der Gewinn einer Cardiffe-Mühlensfirma steigt im Kriegsjahr von 80000 £ auf 340000 £, Ausrichtungen, Verschiffungen, Leder, Stiefel, Kaffee, Wollwaren haben alle riesigen Verdienste gemacht, während das Land unter furchtlichem Druck steht. Vom Skandal der Güterverträge muß noch besonders gesprochen werden. So hilft der Reichtum des Profitjägers im Krieg.

Was haben die Arbeiter, speziell die Gewerkschaften zu tun, wenn der Frieden kommt? Preise werden hochgehalten werden, Lebenshaltung niedrig. Die Löhne werden sinken müssen, die Flut der ungelerten, schlecht bezahlten Arbeiter, die infolge einer durch den Krieg bedingten Notwendigkeit die Fabriken und Werkstätten überfluteten, werden noch da sein, die Werte werden vom Schlachtfeld in die Fabriken zurückkehren, und es wird massenweise Entlassungen geben. Nebenbei ist in jeder Weise, wird der Lohnarbeiter unablässig zu kämpfen haben, um den verlorenen Boden zurückzugewinnen.

Jeden Tag muß er sich für diesen Kampf vorbereiten, denn im Augenblick, wo der Krieg draußen endet, beginnt der industrielle Krieg. Wie hat er sich vorzubereiten?

Er muß das Parlament hinter sich haben. Nicht einmal jetzt ist das Parlament, wie seine Untätigkeit in Sachen der Lebensmittelpreise gezeigt hat, darauf aus, die Lohnarbeit zu schützen. Ein Arbeiterparlament bittet die Arbeiter, Opfer zu bringen, nur von einem Arbeiterparlament kann man erwarten, daß es diese Opfer vergelten wird, wenn der Friede kommt.

1. Komitees für industrielle Restauration.

Die Arbeiter müssen verlangen, daß für jedes Gewerbe eine mindestens zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiterschaft bestehende Kommission für industrielle Restauration gebildet wird, die die Arbeitsbedingungen und Arbeitsführung in den Fabriken wieder auf den Stand vor dem Krieg zurückführt. Vertretungsweise abgegebene Arbeit ist wieder aufzunehmen, aufgehobene Statuten sind wieder einzuführen, Kriegsprämien sollten dem Lohn zuerkannt werden im Hinblick auf die hohen Lebensmittelpreise, die verlorenen Schulden (wie z. B. in der Landwirtschaft) angestellten Kindern ersetzt werden.

Alle Entscheidungen des Lohnamts sollten zwecks Lohnerhöhung revidiert werden, so daß die unorganisierten Arbeiterinnen durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht tiefer sinken.

Sole Strafen sollten gesetzlich festgesetzt werden für alle Arbeitgeber, die nach den Entscheidungen dieses Restaurationskomitees noch fortarbeiten, in ihren Betrieben die Kriegslage auszunutzen.

2. Verstaatlichung und Gewerkschaftskontrolle.

Die Organisation der Industrie auf nationaler Basis, die während des Krieges eine Notwendigkeit war, muß im Frieden weitergeführt werden. Die Leitung der Eisenbahnen durch eine Reihe unabhängiger Gesellschaften hat im Krieg versagt. Sie hat auch im Frieden versagt — aber die herrschenden Klassen hatten kein Interesse daran, das zuzugeben. Es muß jetzt gesagt werden. Als den Fabriken die Herstellung von Bomben und anderer Munition aufgegeben wurde, mußte man die Arbeiterschaft über die Herstellung beraten, um das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Der Mangel an demselben Vertrauen ist Anlaß von viel Verdruß und Unzufriedenheit im Friedenszeiten. Die Gewerkschaften sollten danach trachten, daß ihre Kontrolle der Munitionsproduktion weitergeführt wird in der friedlichen Produktion. Die Geschäftsleitungen sollten gezwungen werden, die Arbeitervertretungen anzuerkennen und Kollektivvertrag im industriellen Leben zur Regel werden.

Der Krieg hat uns keine Erfahrung gebracht, die wir nicht schon im Frieden gehabt hätten. Das Einzige, was geschehen ist, daß der Krieg jedermann etwas, das einzuführen, was die Sozialisten seit Jahren fordern. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, niedere Löhne, Überstunden, Ausnutzung machen das Leben des Arbeiters aus. Er ist immer im Krieg. Um ein Dach über seinem Kopf, genügend Vorräte im Spind zu haben, braucht er dieselbe Organisation der Industrie, der Produktion, des Transports, der Märkte, die der Staat zu seinem Schutz brauchte, als der europäische Krieg ausbrach. Dies ist die größte aller industriellen Lehren des Krieges.

3. Die Kriegszusammenbrüche.

Wenn der Friede kommt, müssen wir uns mit den menschlichen Zusammenbrüchen durch den Krieg beschäftigen. Wenn auch die Pensionen erhöht worden sind, sind sie noch keineswegs genügend. Der Staat hat den Waisen genommen, er muß nun der Schlichter der Witwen und Waisen sein und das nicht in schäblicher Weise.

Auch mit den Invaliden müssen wir uns beschäftigen. Der invalide Pensionär darf vom Kapitalismus nicht dazu ausgebeutet werden, um normal bezahlte Arbeiter zu ersetzen, und so deren allgemeine Lebenshaltung herabzusetzen. Wenn man es dem Kapitalismus gestattet, wird er aus den Zusammenbrüchen des Krieges eine Gelegenheit machen, um den Arbeitsmarkt mit billiger pensionierter Arbeiterschaft zu füllen. Der invalide Soldat muß in einer Weise versorgt werden, daß die regulären Rekruten der Industrie für ihn nicht in Betracht kommen.

4. Wer bezahlt die Rechnungen?

Die Rechnungen werden ungeheuer sein. Krieg ist ein teures Geschäft. Wer muß bezahlen? Die Ringe muß verschieden sein. Die Arbeiterschaft hat in Krankheit, vorzeitigem Zusammenbruch durch die körperlichen Anstrengungen des Krieges zu bezahlen, durch hohe Preise, niedere Löhne und unregelmäßige Arbeit. Das wird sich für eine lange Zeit nach dem Krieg auf Millionen von Pfund belaufen.

Andere haben es mit ihrem Leben zu bezahlen und ihre Witwen mit Tränen und Armut, andere mit Wunden und Schmerzen und Verwundungen ihrer Gliedmaßen. Keine Pension kann ihnen das jemals vergüten.

Andere müssen in der Form von Steuern bezahlen. Ein Parlament, das seine Pflicht kennt, wird keinen Pfennig mehr zur Verbesserung der Löhne hinzulegen. Der Krieg wird das Land ärmer verlassen, als wie er es angetroffen hat, aber der Reichtum wird noch reich sein und die nicht erwerbsfähigen Vermögen immer noch groß. Das ökonomische Ausbeutungswort — Großgrundbesitz, Monopole usw. — wird es immer noch geben. Hier sollte die Extrasteuer erhoben werden. Die tiefen Täler sollten erhöht werden durch Abtragung der höchsten Berggipfel — Gipfel so hoch, daß sie die Sonne vom Tal abhalten. Die Staatspolitik muß die sein, sich in der Kontrolle über die großen, nicht erwerbsfähigen Vermögen und der Industrien und Monopole, die sie hervorbringen, zu bemächtigen und auf die Reichen eine abgewogene Bürde abladen, die den nationalen Verpflichtungen entspricht.

Die Arbeiterschaft darf sich darüber nicht täuschen lassen. Schon sehen wir, daß die industriellen Interessen, die den enormen Fonds für die Tarifreformpropaganda begründet gefunden haben, sich an den Krieg ausbeuten. Schutz gegen unsere Feinde wird als patriotisch gerühmt. Aber der Arbeiter muß sich vor Augen halten, daß diese patriotische Tarifreform dieselbe Tarifreform ist, welche Gewinne der Kapitalisten und Profite vermehrt, Löhne fördert,

die Gewerkschaften schwächt und den Militarismus stärkt. Nahrungs- und Lebensmittel des Volkes zu besteuern, ist nicht die Art, den Krieg zu bezahlen.

Heute ist es so wahr wie je vor dem Krieg, die Tarifreform ist im Bund mit den Monopolisten und Profitjägern, Sozialismus ist im Bund mit der Arbeiterschaft.

Auf lange Zeit hinaus wird das Einkommen der arbeitenden Klassen einem niedrigen Standard der Lebensführung entsprechen. Das wohnt und nicht nur, diesen Standard durch Steuern noch weiter heruntersinken zu lassen, sondern er zwingt uns auch, noch größere staatliche Aufwendungen für soziale Zwecke zu fordern.

5. Das Werk des Staates.

Als der Krieg ausbrach, waren wir auf dem Punkt, größere Staatsausgaben zu erreichen für Verbesserungen auf dem Gebiete der Gesundheit, Wohnung- und Erziehungsfragen und einer allgemeinen Hebung menschlicher Ansprüche.

Soll das alles beiseite gesetzt werden wegen der Ausgabe für den Krieg und der dauernden hohen Kosten, die er nach sich ziehen wird? Gewiß nicht! Es wird nach dem Krieg mehr Armut unter den Arbeitern geben, als vorher herrschte, der Rückgang unserer Bevölkerung wird größer sein; deshalb, um nicht zur Degeneration unseres Volkes beizutragen, muß der Staat mehr denn je dafür tun, seine Lebensbedingungen zu verbessern. Unsere Kinder werden uns mit Mitleid fluchen, wenn das der eine sichere Erfolg des Krieges ist, sie zu erniedrigen und ihren Existenzkampf noch härter und grausamer zu machen.

Wir müssen mehr für Mutter- und Kinderschutz, mehr für Wohnungspflege, mehr für öffentliche Gesundheitspflege. Wir müssen als Nation die Kosten der furchterlichen Arbeitslosigkeit, die bald nach dem Frieden eintreten wird, aufwenden. Und das kann nur geschehen durch das Recht auf Arbeitsbeschäftigung der „I. L. W.“. Kriegsausgaben dürfen nicht den Ausgaben für soziale Reformen vorangehen.

6. Der alte, alte Kampf um Freiheit.

Wenn dieses Programm die Interessen der Arbeiterschaft dieses Landes vertritt, so muß darum gekämpft werden. Die Verbände müssen sich fest zusammenschließen. Sie müssen sich in den Fabriken organisieren, sie müssen sich im Staat verdrängen. Industrie und Politik müssen Hand in Hand vorgehen, den Arbeitern vor allem die Verdienste, die sie vor dem Krieg hatten, wieder zu verschaffen und von diesen Gewinnen weiter zu streiten zu größeren Errungenschaften.

Frei der I. L. W. bei und bereitet Euch zum Kampfe vor!

Telegramme.

Vernunft englischer Professoren und Studenten.

London, 19. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Die „Times“ meldet aus Wellington: Der Vorstand des Victoria College hat mit acht gegen zwei Stimmen es abgelehnt, einen nicht-naturalisierten deutschen Professor zu entlassen. Die große Mehrheit der Professoren und Studenten trat für die Beibehaltung des Professors ein.

Englische Munitionsorgen.

London, 19. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Im Unterhause teilte der Sekretär des Ackerbauministeriums mit, daß 150 000 Landarbeiter infolge des Krieges der Landwirtschaft entzogen seien. Jedoch sei die Anbaufläche normal. Lord George sagte, die amerikanischen Munitionslieferungen würden durch die Firma Morgan in New York beschafft, die unadäquaten Lieferungen durch eine Organisation kanadischer Fabrikanten. Runciman erklärte, die Regierung werde in Kanada gelernte Arbeiter für die Herstellung von Munition an, dagegen sei es nicht notwendig, eine Abordnung nach den Vereinigten Staaten zu entsenden, da diese dort vielleicht unwillkommen wäre. Der Mangel an Mechanikern und Technikern in England, sei in Amerika bekannt.

Burgfrieden in England.

Manchester, 19. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Die Baumwollfrucht ist beendet. Die Kartierer, welche den Streit wegen der Kriegsausgabe begonnen haben, beschloßen den Vorschlag der Regierung anzunehmen und eine Grundlage für die Verständigung finden zu helfen.

Achtung!

Holzarbeiter, Glaser, Zimmerer!

Montag den 21. Juni, abends halb 9 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“ eine gemeinschaftliche

Mitglieder-Verammlung

obiger Verbände statt.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Holzgewerbe.

Referenten: Kollege Weidner-Frankfurt a. M., Gen. Gaele-Wiesbaden.

Die Lokalverwaltungen

des Holzarbeiterverbandes, Glaserverbandes und Zimmererverbandes.

29 776

Deutschkatholische (freireligiöse) Gemeinde zu Wiesbaden.

Herr Prediger Gustav Tschirn spricht am Sonntag den

20. Juni d. J. über das Thema:

„Persönliche Religion“.

Die Erbauung findet vormittags pünktlich 10 Uhr im Bürgeraal 1. d. Rathauses statt. Der Zutritt ist für jedermann frei.

29 774 Der Aeltestenrat.

Restauration „Port Arthur“

Walramstr. 20.

Wiesbadener Germania-Brauerei. Besonders empfehle ein vorzügliches Mittag- und Abendessen.

Achtungsvoll

Jakob Greis

Günstige

Gelegenheit!

Nachweisbar gutgehendes

Obst- und Gemüsegeschäft

wegen Einberufung außerst

billig abgegeben. Näheres

Expedition d. Volksstimme,

Wiesbaden, Bleichstraße 9.

29 775

Özöflänpu

mit Brot vor Goldgeist W. Z.

nicht radikal 75 195

Farb- u. geruchlos. Reingold Kopf

haut v. Schupp. u. Schuppen, befördert

d. Haarwuchs, verhilft Haarverlust

u. Kuppen neuer Parasiten. Wichtig f.

Schulkind. Taus. v. Anerkennung

steht nur in Kartons à 1. - u. 0.50

Niemals offen ausgesetzt. In Apoth.

u. Drogerie, Nachschub, weise m. zurück.

Depot: W. H. Maackelmer

Adler-Drogerie.

29 773

Zuviel

Steuern?

Die Steuerberechnungen

geben den Steuerzahlern

in den nächsten Wochen zu.

Auskunft gibt

über die Höhe der zu zahl-

enden Steuern, über die

abzusetzen berechtigten

Ausgaben u. alle anderen

wichtigen Fragen auf

dielem Gebiet das Buchlein

29 772

Führer

durch das preussische

Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formulare für Eingaben

und Reklamationen, sowie einem aus-

führlichen Sachregister.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme

29 771

Um unseren sämtlichen

Angestellten

auch während der Kriegszeit

Erholung

zu ermöglichen, bleibt unser Geschäftshaus an den

11 Sonntagen

während der Sommermonate

Juni, Juli, August

und zwar von Sonntaa den 20. Juni bis einschließlich

Sonntag den 29. August

geschlossen.

Wir bitten unsere werte

Kundschaft

um zügige Unterstützung und ersuchen höflichst, die

Einkäufe

schon am Samstag zu erledigen.

Blumenthal.